

Satzung
über die öffentliche Bestattungseinrichtung
der Gemeinde Igling
(Friedhofs- und Bestattungssatzung)

Aufgrund von Art. 23 und Art. 24 Abs.1 Nrn. 1 und 2 und Absatz 2 der Gemeindeordnung erläßt die Gemeinde Igling folgende Satzung:

§ 1
Gegenstand der Satzung

- 1) Zum Zweck einer geordneten und würdigen Totenbestattung insbesondere der Gemeindeeinwohner betreibt die Gemeinde als eine öffentliche Einrichtung
 1. den gemeindlichen Friedhof (§§ 2 – 7) im Ortsteil Oberigling und Ortsteil Holzhausen, mit den einzelnen Grabstätten (§§ 8 – 19),
 2. das gemeindliche Leichenhaus (§§ 20 f.) im Ortsteil Oberigling und Ortsteil Holzhausen,
 3. das Friedhofs- und Bestattungspersonal (§§ 23 -25)
- 2) Diese Satzung findet auf die in der Vereinbarung vom 10.10./14.10.1996 von der Katholischen Pfarrkirchenstiftung Unterigling übernommenen Einrichtungen Anwendung:
 1. den alten und neuen Friedhof (§§ 2 – 7) im Ortsteil Unterigling, mit seinen einzelnen Grabstätten (§§ 8 – 19),
 2. das Leichenhaus (§ 20 f.) im Ortsteil Unterigling,
 3. das Friedhofs- und Bestattungspersonal (§§ 23 – 25)
- 3) Die von der Gemeinde Igling verwalteten Bestattungseinrichtungen (vgl. Abs. 1 und 2) werden nachfolgend als der Friedhof bezeichnet.

§ 2
Widmungszweck

Der Friedhof wird insbesondere den verstorbenen Gemeindeeinwohnern als würdige Ruhestätte und zur Pflege ihres Andenkens gewidmet.

§ 3
Friedhofsverwaltung

Der gemeindliche Friedhof wird von der Gemeinde verwaltet und beaufsichtigt (Friedhofsverwaltung).

§ 4
Bestattungsanspruch

- 1) Auf dem gemeindlichen Friedhof ist die Beisetzung
 1. der verstorbenen Gemeindeeinwohner,
 2. der im Gemeindegebiet – oder in einem angrenzenden gemeindefreien Gebiet – Verstorbenen oder tot Aufgefundenen, wenn eine ordnungsgemäße Beisetzung nicht anderweitig sichergestellt ist,
 3. der durch Grabnutzungsrechte berechtigten Personen zu gestatten.
- 2) Die Bestattung anderer als der in Absatz 1 genannten Personen bedarf der besonderen Erlaubnis der Gemeinde, auf die kein Rechtsanspruch besteht.
- 3) Für Tot- und Fehlgeburten gilt Art. 6 des Bestattungsgesetzes.

§ 5 Öffnungszeiten

- 1) Der Friedhof ist grundsätzlich durchgehend geöffnet.
- 2) Die Gemeinde kann das Betreten des Friedhofs oder einzelner Teile aus besonderem Anlaß – z.B. bei Leichenausgrabungen und Umbettungen (§ 28) untersagen.

§ 6 Verhalten im Friedhof

- 1) Jeder Besucher des Friedhofs hat sich ruhig und der Würde des Orts entsprechend zu verhalten.
- 2) Im Friedhof ist insbesondere untersagt,
 1. Tiere mitzuführen (ausgenommen Blindenhunde);
 2. die Wege mit Fahrzeugen aller Art, insbesondere auch mit Fahrrädern, zu befahren. Ausgenommen sind Kinderwagen, Kranken- und Behindertenfahrstühle sowie die von der Gemeinde zugelassenen Fahrzeuge;
 3. ohne Genehmigung der Gemeinde Druckschriften zu verteilen, sonstige Waren aller Art feilzubieten oder anzupreisen, gewerbliche oder sonstige Leistungen anzubieten;
 4. während einer Bestattung oder Trauerfeier störende Arbeiten in der Nähe zu verrichten.
- 3) Abfälle sind nur in den gekennzeichneten Abfallbehältern zu entsorgen. Insbesondere sind verrottbare und nicht verrottbare Abfälle getrennt zu beseitigen.

§ 7 Gewerbliche Tätigkeit auf dem Friedhof

- 1) Bildhauer, Steinmetze, Gärtner und sonstige Gewerbetreibende bedürfen für ihre Tätigkeit auf dem Friedhof der vorherigen Zulassung durch die Gemeinde. Die Zulassung ist schriftlich zu beantragen. Die Gemeinde kann die Vorlage der erforderlichen Nachweise verlangen.
- 2) Die Zulassung wird nur Gewerbetreibenden erteilt, die in fachlicher, betrieblicher und persönlicher Hinsicht zuverlässig sind. Der Antragsteller erhält einen Zulassungsbescheid, der auch als Ausweis für die Berechtigung zur Vornahme der Arbeiten (Berechtigungsschein) gilt und dem Friedhofspersonal auf Verlangen vorzuzeigen ist.
- 3) Durch die Arbeiten darf die Würde des Friedhofs nicht beeinträchtigt werden; insbesondere ist auf Bestattungsfeierlichkeiten Rücksicht zu nehmen. Unter Beachtung von Satz 1 ist den zur Vornahme der Arbeiten Berechtigten die Benutzung der Friedhofswegen mit geeigneten Fahrzeugen abweichend von § 6 Abs. 3 Nr. 2 im erforderlichen Maße gestattet. Nach Beendigung der Arbeiten sind die Wege, Arbeits- und Lagerplätze wieder in einen ordnungsgemäßen Zustand zu bringen.
- 4) Die Zulassung zur Ausübung gewerblicher Tätigkeiten auf dem Friedhof kann von der Gemeinde entzogen werden, wenn die Voraussetzungen für ihre Erteilung weggefallen sind oder wenn der Gewerbetreibende mehrfach gegen die Friedhofssatzung oder gegen berechtigte Anordnungen des Friedhofspersonals verstoßen hat. Ein einmaliger schwerer Verstoß ist ausreichend.

§ 8 Allgemeines

- 1) Die Grabstätten bleiben Eigentum der Gemeinde. An ihnen können Nutzungsrechte nur nach dieser Satzung erworben werden.
- 2) Die Anlage der Grabstätten richtet sich nach dem Friedhofs-(Belegungs-)Plan, der bei der Friedhofsverwaltung während der allgemeinen Dienstzeiten eingesehen werden kann. In ihm sind die einzelnen Grabstätten fortlaufend nummeriert.

§ 9 Arten der Grabstätten

- 1) Die Grabstätten werden unterschieden in:
 1. Einzelgrabstätten mit (Wahlgräber, §§ 11, 31) und ohne Tieferlegung (§ 10),
 2. Doppel-, Familien- und Großgrabstätten (Wahlgräber, §§ 11, 31),
 3. Urnengrabstätten (§ 12),
 4. Kindergrabstätten (§§ 10, 11)
 5. Gemeinschaftsgrabstätte (§ 31)
- 2) Wird weder ein Wahlgrab in Anspruch genommen noch eine Urnenbeisetzung angemeldet, weist die Gemeinde dem Bestattungspflichtigen (§ 6 BestV) ein Reihengrab zu.
- 3) Grabstätten für Erdbestattungen werden der Reihe nach belegt und erst im Todesfalle mindestens für die Dauer der Ruhezeit (§ 27) des zu Bestattenden vergeben.
- 4) Der vorzeitige Erwerb kann zugelassen werden. In diesem Fall beginnt die Laufzeit des Nutzungsrechts mit dem Zeitpunkt des Erwerbs.

§ 10 Reihengräber

- 1) Reihengräber sind Grabstätten für Erdbestattungen, die der Reihe nach belegt und erst im Todesfalle für die Dauer der Ruhezeit (§ 27) des Bestatteten vergeben werden.
- 2) In jedem Reihengrab darf nur eine Leiche, in jedem Reihengrab mit Tieferlegung dürfen zwei Leichen beigesetzt werden. Die Grabstätte wird nach Ablauf der Ruhezeit grundsätzlich neu belegt. Die Gemeinde kann ausnahmsweise einer Verlängerung des Nutzungsrechts zustimmen.

§ 11 Wahlgräber

- 1) Wahlgräber sind Grabstätten für Erdbestattungen, die der Reihe nach belegt und erst im Todesfalle mindestens für die Dauer der Ruhezeit (§ 27) des Bestatteten vergeben werden. Der Nutzungsberechtigte erhält eine Graburkunde. Ein Anspruch auf Erwerb oder Verlängerung besteht nicht.
- 2) Während der Nutzungszeit darf eine Beisetzung nur erfolgen, wenn:
 1. die Ruhezeit die Nutzungszeit nicht übersteigt, oder
 2. das Nutzungsrecht mindestens für die Zeit bis zum Ablauf der Ruhezeit verlängert worden ist.
- 3) Der Nutzungsberechtigte hat das Recht, im Wahlgrab bestattet zu werden und Mitglieder seiner Familie (Ehegatte, Kinder, Eltern und unverheiratete Geschwister) darin bestatten

zu lassen. Ausnahmsweise kann die Gemeinde auch die Beisetzung anderer Personen zulassen.

- 4) Schon bei der Verleihung des Nutzungsrechts soll der Erwerber für den Fall seines Ablebens aus dem in Absatz 3 Satz 1 genannten Personenkreis Nachfolger im Nutzungsrecht bestimmen und ihm das Nutzungsrecht durch eine im Zeitpunkt seines Todes wirksam werdende Verfügung übertragen. Wird bis zu seinem Tode keine derartige oder eine unwirksame Bestimmung getroffen, so geht das Nutzungsrecht auf die in Absatz 3 Satz 1 genannten Angehörigen in der dort genannten Reihenfolge über. Bei mehreren gleichrangigen Angehörigen erwirbt es der Älteste. Die Graburkunde wird von der Gemeinde entsprechend umgeschrieben.
- 5) Der jeweilige Nutzungsberechtigte kann das Nutzungsrecht auch durch Rechtsgeschäft unter Lebenden nur auf die in Absatz 3 Satz 1 genannten Angehörigen übertragen. Die Übertragung ist der Gemeinde anzuzeigen, die dann die Graburkunde umschreibt. Im übrigen gelten hierfür die Bestimmungen des Absatzes 4 entsprechend.
- 6) Auf das Nutzungsrecht an unbelegten Grabstätten kann jederzeit, an (teil)belegten Grabstätten erst nach Ablauf der letzten Ruhezeit verzichtet werden. Der Verzicht kann sich nur auf die gesamte Grabstätte beziehen. Er ist der Gemeinde unter Vorlage der Graburkunde schriftlich zu erklären.
- 7) Nach Beendigung des Nutzungsrechts kann über das Grab anderweitig verfügt werden. Hiervon werden der Berechtigte, die Erben oder der Pfleger des Grabes rechtzeitig benachrichtigt.

§ 12

Urnengrabstätten (Aschenbeisetzungen)

- 1) Urnengrabstätten sind Urnenstätten, die der Reihe nach belegt und erst im Todesfall für die Dauer der Ruhezeit (§ 27) bereitgestellt werden. Dabei ist sowohl eine Erdbestattung als auch eine Bestattung in einer Urnenkammer (Urnenstelen) möglich.
- 2) Eine Urnenbeisetzung ist der Gemeinde vorher rechtzeitig anzumelden. Bei der Anmeldung ist die standesamtliche Urkunde und die Bescheinigung über die Einäscherung vorzulegen.
- 3) Aschenreste und Urnen müssen entsprechend § 16 der Bestattungsverordnung gekennzeichnet bzw. beschaffen sein.
- 4) Soweit sich aus gesetzlichen Bestimmungen oder dieser Satzung nicht anderes ergibt, gelten die Vorschriften über Reihengräber für Urnenreihengrabstätten und die Vorschriften über Wahlgräber für Urnenwahlgrabstätten entsprechend. Wird von der Gemeinde entsprechend § 11 Abs. 7 über die Urnenwahlgrabstätte verfügt, so ist sie berechtigt, in der von ihr bestimmten Stelle des Friedhofs die Aschenbehälter in würdiger Weise der Erde zu übergeben (Gemeinschaftsgrabstätte).

§ 13

Ausmaße der Grabstätten

- 1) Die einzelnen Grabstätten haben in der Regel folgende Ausmaße:

1. Reihengräber (§ 10 Abs. 3 Nr. 3):	Länge: 1,80 m, Breite: 1,00 m
2. Wahlgräber (§ 11):	Länge: 1,80 m, Breite: 1,00 bis 3,00 m
Doppelgrabstätte	Länge: 1,80 m, Breite: 1,60 m
Familiengrabstätte	Länge: 1,80 m, Breite: 2,40 m
Großgrabstätte	Länge: 1,80 m, Breite: 3,00 m

- | | |
|-----------------------------|-------------------------------|
| 3. Urnengrabstätten (§ 12): | Länge: 1,00 m, Breite: 0,80 m |
| 4. Kindergrabstätten: | Länge: 1,50 m, Breite: 0,60 m |

Der Grabstein ist Bestandteil der Pflegefläche und zu den vorgegebenen Maßen dazu zu rechnen.

- 2) Der Abstand von Grabstätte zu Grabstätte darf 0,30 m in Unterigling, ansonsten 0,50 m (gemessen von Außenkante zu Außenkante) nicht unterschreiten.
- 3) Die Tiefe der Grabstätte bis zur Oberkante des Sarges beträgt mindestens 1,20 m, bei Übereinanderbestattung von der Erdoberfläche bis zur Oberkante des oberen Sarges mindestens 1,00 m.
Die Tiefe der Grabstätte bis zur Oberkante der Urne beträgt mindestens 0,50 m.
- 4) Die Gemeinde kann Ausnahmen von den Bestimmungen der Absätze 1 bis 3 zulassen.

§ 14

Pflege und Gestaltung der Grabstätten

- 1) Die Grabstätten sind in einem würdigen Zustand zu unterhalten.
- 2) Drei Monate nach der Bestattung bzw. nach der Verleihung des Nutzungsrechts ist die Grabstätte würdig herzurichten, gärtnerisch anzulegen und in diesem Zustande zu erhalten. Es dürfen nur geeignete Gewächse verwendet werden, die die benachbarten Gräber und eine spätere Wiederverwendung der Grabstätte nicht beeinträchtigen.
- 3) Grabbeete dürfen nicht höher als 10 cm sein. Bäume und Sträucher (Gehölz) dürfen nur gepflanzt werden, wenn ihre Höhe diejenige des Grabmals nicht überschreiten wird.
- 4) Bei Reihengräbern bleibt die Übernahme der in den Absätzen 1 – 3 genannten Rechte und Pflichten der freien Vereinbarung der Erben und Bestattungspflichtigen (§ 6 der Bestattungsverordnung) überlassen, deren Inhalt der Gemeinde auf deren Aufforderung hin mitzuteilen ist. Übernimmt niemand die Pflege und Gestaltung und entspricht der Zustand der Grabstätte nicht den Vorschriften der Gesetze oder dieser Satzung, so ist die Gemeinde befugt, den Grabhügel einzuebnen, einen vorhandenen Grabstein zu entfernen und die Grabstätte nach Ablauf der Ruhefrist anderweitig zu vergeben.
- 5) Bei Wahlgräbern ist der Nutzungsberechtigte zur ordnungsgemäßen Pflege und Gestaltung der Grabstätte verpflichtet. Entspricht der Zustand nicht den Vorschriften der Gesetze oder dieser Satzung, so findet § 30 Anwendung. Werden die Kosten für eine etwaige Ersatzvornahme nicht ersetzt, so hat die Gemeinde die in Absatz 4 Satz 2 genannten Befugnisse; das Nutzungsrecht gilt – ohne Entschädigungsanspruch – als erloschen.
- 6) Grabeinfassungen sollen höhengleich mit dem bestehenden Gelände gesetzt werden. Sie dürfen eine Höhe von 0,15 m nicht übersteigen. Die Anlegung von Grabeinfassungen aus Stein, Metall und Holz ist im Holzhausener Friedhof und im neuen Friedhof Unterigling nicht gestattet.
- 7) Grabplatten sind zulässig.

§ 15

Errichtung von Grabmälern

- 1) Die Errichtung und wesentliche Änderung von Grabmälern bedarf der Erlaubnis der Gemeinde. Für Grabmäler, Einfriedungen, Einfassungen und sonstige bauliche Anlagen gelten die Vorschriften für Grabmäler entsprechend, soweit nicht anderes bestimmt ist.

- 2) Die Erlaubnis ist schriftlich zu beantragen. Dem Antrag sind die zur Prüfung erforderlichen Unterlagen in zweifacher Fertigung beizufügen, insbesondere:
1. eine Zeichnung des Grabmalentwurfs einschließlich Grundriß und Seitenansicht im Maßstab 1:10,
 2. die Angabe des Werkstoffs, seiner Farbe und Bearbeitung,
 3. die Angabe über die Schriftverteilung.

Soweit es erforderlich ist, können von der Gemeinde im Einzelfall weitere Unterlagen angefordert werden.

- 3) Die Erlaubnis kann versagt werden, wenn das Grabmal den gesetzlichen Vorschriften oder den Bestimmungen dieser Satzung nicht entspricht.
- 4) Werden Grabmäler ohne Erlaubnis errichtet oder wesentlich geändert, so kann die Gemeinde die teilweise oder vollständige Beseitigung des Grabmals anordnen, wenn nicht auf andere Weise rechtmäßige Bestände hergestellt werden können. Die Gemeinde kann verlangen, daß ein Erlaubnis Antrag gestellt wird.

§ 16

Ausmaße der Grabmäler und Einfassungen

- 1) Grabmäler dürfen im Regelfall folgende Ausmaße nicht überschreiten:

1. Reihengräber (§ 10 Abs. 3 Nr. 3):	Höhe: 1,40 m, Breite: 1,00 m
2. Wahlgräber (§ 11):	Höhe: 1,40 m, Breite: 1,00 bis 2,80 m
Doppelgrabstätte	Höhe: 1,40 m, Breite: 1,60 m
Familiengrabstätte	Höhe: 1,40 m, Breite: 2,40 m
Großgrabstätte	Höhe: 1,40 m, Breite: 2,80 m
3. Urnengrabstätten (§ 12):	Höhe: 1,20 m, Breite: 0,80 m
4. Kindergrabstätten:	Höhe: 0,90 m, Breite: 0,60 m

- 2) Grabeinfassungen dürfen im Regelfall folgende Breite (gemessen von Außenkante zu Außenkante) nicht überschreiten:

1. Reihengräber:	1,00 m
2. Wahlgräber:	1,00 – 3,00 m
Doppelgrabstätte	1,60 m
Familiengrabstätte	2,40 m
Großgrabstätte	3,00 m
3. Urnengrabstätten:	0,80 m
4. Kindergrabstätten:	0,60 m

Zu beachten ist § 14 Abs. 6 Satz 2 dieser Satzung.

§ 17

Gestaltung der Grabmäler

- 1) Jedes Grabmal muß dem Widmungszweck des gemeindlichen Friedhofs (§ 3) Rechnung tragen und sich in die Umgebung der Grabstätte einfügen. Die Gemeinde ist insoweit berechtigt, Anforderungen hinsichtlich Werkstoff, Art und Farbe des Grabmals zu stellen.
- 2) Inhalt und Gestaltung der Inschrift müssen mit der Würde des Friedhofs in Einklang stehen.
- 3) Urnenstelen dürfen nicht mit Schmuck (Grabschmuck) versehen werden. Es darf lediglich eine Inschrift, ein Kreuz oder „Betende Hände“ angebracht werden.

§ 18 Standsicherheit

- 1) Jedes Grabmal muß entsprechend seiner Größe dauerhaft gegründet werden.
- 2) Der Antragsteller hat das Grabmal in einem ordnungsgemäßen, verkehrssicheren Zustand zu erhalten. Er ist für Schäden verantwortlich, die durch Nichtbeachtung dieser Verpflichtung entstehen.
- 3) Stellt die Gemeinde Mängel in der Standsicherheit fest, kann sie nach vorheriger, vergeblicher Aufforderung das Grabmal auf Kosten des Antragstellers entfernen oder den gefährlichen Zustand auf andere Weise beseitigen.
- 4) Bei Antragstellung ist auf die vorstehend genannten Verpflichtungen hinzuweisen.

§ 19 Entfernung der Grabmäler

- 1) Grabmäler dürfen vor Ablauf der Ruhezeit (§ 27) oder des Nutzungsrechts nur mit Erlaubnis der Gemeinde entfernt werden.
- 2) Nach Ablauf der Ruhezeit oder des Nutzungsrechts sind die Grabmäler bei einer entsprechenden Aufforderung der Gemeinde zu entfernen. Sie gehen, falls sie nicht innerhalb von drei Monaten nach einer schriftlichen Aufforderung entfernt werden, in das Eigentum der Gemeinde über. Die Kosten der Freimachung der Grabstätte werden dem Nutzungsberechtigten in Rechnung gestellt.

§ 20 Widmungszweck, Benutzung des gemeindlichen Leichenhauses

- 1) Das gemeindliche Leichenhaus dient – nach Durchführung der Leichenschau (§§ 1 ff. der Bestattungsverordnung) –
 1. zur Aufbewahrung der Leichen aller im Gemeindegebiet – oder in den angrenzenden gemeindefreien Gebieten – Verstorbenen, bis sie bestattet oder überführt werden,
 2. zur Aufbewahrung von Aschenresten feuerbestatteter Leichen bis zur Beisetzung im Friedhof, sowie
 3. zur Vornahme von Leichenöffnungen.
- 2) Die Toten werden im Leichenhaus aufgebahrt. Die Bestattungspflichtigen (§ 6 der Bestattungsverordnung) entscheiden, ob die Aufbewahrung im offenen oder geschlossenen Sarg erfolgt. Wird darüber keine Bestimmung getroffen, bleibt der Sarg geschlossen. Dies gilt auch bei einer entsprechenden Anordnung des Amts- oder Leichenschauarztes.
- 3) Besucher und Angehörige haben zu den Öffnungszeiten des Leichenhauses Zutritt zu dem Aufbewahrungsraum. Leichen von Personen, die bei Eintritt des Todes an einer übertragbaren Krankheit im Sinn des Bundes-Seuchengesetzes erkrankt waren, werden in einem gesonderten Raum untergebracht (§ 19 Satz 1 der Bestattungsverordnung).
- 4) Lichtbildaufnahmen von aufgebahrten Leichen bedürfen der Erlaubnis der Gemeinde und der Zustimmung desjenigen, der die Bestattung in Auftrag gegeben hat.
- 5) Leichenöffnungen dürfen nur in dem hierfür vorgesehenen Raum des Leichenhauses (§ 19 Satz 2 der Bestattungsverordnung) durch einen Arzt vorgenommen werden. Sie bedürfen in jedem Fall einer gerichtlichen oder behördlichen Anordnung oder einer schriftlichen Einwilligung der Bestattungspflichtigen.

§ 21 Benutzungszwang

- 1) Jede Leiche der im Gemeindegebiet – oder in den angrenzenden gemeindefreien Gebieten – Verstorbenen ist nach Vornahme der Leichenschau möglichst noch am Sterbetag, spätestens jedoch innerhalb 24 Stunden nach Eintritt des Todes, in das Leichenhaus zu verbringen.
- 2) Die von einem Ort außerhalb des Gemeindegebietes überführten Leichen sind unverzüglich nach Ankunft in das Leichenhaus zu verbringen, falls nicht die Bestattung unmittelbar nach der Ankunft stattfindet.
- 3) Ausnahmen vom Benutzungszwang können gestattet werden, wenn
 - a) der Tod in einer Anstalt (Krankenhaus, Spital, Magnusheim u.a.) eingetreten ist und dort ein geeigneter Raum für die Aufbewahrung der Leiche vorhanden ist.
 - b) die Leiche zum Zwecke der Überführung an einen auswärtigen Bestattungsort zur früheren Einsargung freigegeben und unverzüglich überführt wird.

§ 22 Leichentransport

- 1) Die Beförderung der Leichen der im Gemeindegebiet Verstorbenen übernimmt innerhalb des Gemeindegebietes die Gemeinde mit ihren Leichentransportmitteln (Leichenwagen, Bahren) oder ein anerkanntes Leichentransportunternehmen.
- 2) Auf Wunsch des Verstorbenen oder seiner Angehörigen darf der Leichentransport auch von einem privaten Bestattungsunternehmen ausgeführt werden, wenn Gründe der öffentlichen Hygiene nicht entgegenstehen.

§ 23 Friedhofs- und Bestattungspersonal

- 1) Die Verrichtungen des Reinigens und Umkleiden von Leichen übernimmt eine von der Gemeinde bestellte oder von ihr für diese Verrichtung zugelassene Person, aber stets nach erfolgter Leichenschau.
- 2) Die Verrichtungen einer Leichenperson nach Absatz 1 dürfen auch von einem privaten Bestattungsinstitut ausgeführt werden, wenn Gründe der öffentlichen Hygiene nicht entgegenstehen.

§ 24 Leichenträger

- 1) Der Transport von Leichen, die Mithilfe bei der Aufbahrung von Leichen, die Mitwirkung bei den Beerdigungsfeierlichkeiten sowie der Begleitdienst bei Überführungen wird von den von der Gemeinde zugelassenen oder dafür bestellten Leichenträgern ausgeführt.
- 2) Einzelne Verrichtungen der Leichenträger nach Abs.1 dürfen mit Genehmigung der Gemeinde auch von einem privaten Bestattungsunternehmen ausgeführt werden.

§ 25 Friedhofswärter

Der Grabaushub, die Einfüllung des Grabes und die unmittelbare Wahrnehmung aller mit dem Friedhofsbetrieb verbundenen Aufgaben obliegt dem Friedhofswärter (und/oder: dem von der Gemeinde zugelassenen Bestattungsunternehmen).

§ 26 Anzeigepflicht

- 1) Bestattungen auf dem gemeindlichen Friedhof sind unverzüglich nach Eintritt des Todes bei der Gemeinde anzuzeigen; die erforderlichen Unterlagen sind vorzulegen.
- 2) Soll die Beisetzung in einer Grabstätte erfolgen, an der ein Sondernutzungsrecht besteht, so ist dieses Recht nachzuweisen.
- 3) Den Zeitpunkt der Bestattung setzt die Gemeinde im Benehmen mit den Angehörigen und dem jeweiligen Pfarramt fest.

§ 27 Ruhezeiten

Die Ruhezeit für Leichen beträgt in Oberigling und Holzhausen 25 Jahre, in Unterigling 15 Jahre; bei Leichen von Kindern bis zum vollendeten 10. Lebensjahr 15 Jahre. Die Ruhezeit bei einer Urnenbestattung beträgt 10 Jahre.

§ 28 Umbettungen

- 1) Die Umbettung von Leichen und Aschenresten bedarf, unbeschadet sonstiger gesetzlicher Vorschriften, der vorherigen Erlaubnis der Gemeinde. Sie darf nur erteilt werden, wenn ein wichtiger Grund die Störung der Totenruhe und die Unterbrechung der Verwesung rechtfertigt.
- 2) Die Erlaubnis kann grundsätzlich nur von den in § 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 BestV genannten Angehörigen beantragt werden. Außerdem ist zur Umbettung die Zustimmung des Grabstätteninhabers notwendig.
- 3) Die Gemeinde bestimmt den Zeitpunkt der Umbettung. Sie läßt die Umbettung durchführen. Sie kann, wenn Umbettungen nach auswärts erfolgen, auch anerkannten Leichentransportunternehmen gestatten, die Umbettung durch ihr Personal vorzunehmen.

§ 29 Ordnungswidrigkeiten

Nach Art. 24 Abs. 2 Satz 2 GO kann mit Geldbuße belegt werden, wer

1. die bekanntgegebenen Öffnungs- und Besuchszeiten mißachtet oder entgegen einer Anordnung der Gemeinde den Friedhof betritt (§ 5)
2. den Bestimmungen über das Verhalten auf dem Friedhof zuwiderhandelt (§ 6),
3. die Bestimmungen über die gewerbliche Tätigkeit auf dem Friedhof nicht beachtet (§ 7),
4. Bestattungen nicht unverzüglich nach Eintritt des Todes bei der Gemeinde anzeigt (§ 26 Abs. 1),
5. den Bestimmungen über Umbettungen zuwiderhandelt (§ 28).

§ 30 Anordnungen für den Einzelfall; Zwangsmittel

- 1) Die Gemeinde kann zur Erfüllung der nach dieser Satzung bestehenden Verpflichtungen Anordnungen für den Einzelfall erlassen.

- 2) Für die Erzwingung der in dieser Satzung vorgeschriebenen Handlungen, eines Duldens oder Unterlassens gelten die Vorschriften des Bayerischen Verwaltungszustellungs- und Vollstreckungsgesetzes.

§ 31 Begriffsbestimmungen

Einzelgrabstätten mit Tieferlegung sind für zwei Erdbestattungen ausgewiesen. Die Erstbestattung hat zwingend in Tieflage zu erfolgen.

Doppelgrabstätten sind für zwei bis zu vier Erdbestattungen ausgewiesen. Mehr als zwei Bestattungen sind nur dann möglich, wenn die Erstbestattung jeweils in Tieflage erfolgt ist.

Familiengrabstätten sind für bis zu sechs Erdbestattungen ausgewiesen. Für sie gelten die selben Auflagen wie bei Doppelgrabstätten. Sie unterscheiden sich nur hinsichtlich der Grabbreite und der Nutzungsgebühren.

Großgrabstätten sind für vier bis acht Erdbestattungen ausgewiesen. Es gelten die selben Auflagen wie bei Familiengrabstätten.

Gemeinschaftsgrab ist eine Grabstätte für anonyme Erdbestattungen und Umbettungen nach Aufgabe und Auflösung einer anderen Grabstätte (z. B. nach Ablauf der Ruhezeit).

§ 32 Inkrafttreten

- 1) Diese Satzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.
- 2) Gleichzeitig tritt die Satzung vom 19.12.1994 und die Änderungssatzung vom 29.11.1996 außer Kraft.

Igling, den ..18.02.04.....

Gemeinde Igling

Herbert Szubert
1. Bürgermeister

